

N i e d e r s c h r i f t

**der 21. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 18.05.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:08 Uhr bis 17:36 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	Teilnahme ab 16:11 Uhr
Herr Harald Bartl	CDU	Teilnahme bis 17:58 Uhr
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Teilnahme für Frau Nagel bis 17:54 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	Teilnahme bis 17:15 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	Teilnahme bis 16:55 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	Teilnahme ab 16:11 Uhr
Frau Annemarie Kraft	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 21. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Beigeordneten Geier** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.2 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 (BEP 2011)
Vorlage: V/2010/09392
gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage einer Investitionsprioritätenliste für die Jahre 2012 bis 2017
Vorlage: V/2011/09609
gleiche Voten in den Fachausschüssen

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.1 Wahl der/des Beigeordneten für Planen und Bauen
Vorlage: V/2011/09577

Hierzu liegt der Entwurf eines Stimmzettels für die Wahl in der Stadtratssitzung am 25.05.2011 vor.

zu 5.3 Satzung Schülerbeförderung
Vorlage: V/2011/09625

Hierzu liegen Austauschblätter zur Satzung vor, resultierend aus der Sitzung des Bildungsausschusses.

Zudem liegt folgender Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag des Sachkundigen Einwohners Thomas Senger mit Unterstützung des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zur "Satzung Schülerbeförderung" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09625)
Vorlage: V/2011/09830

zu 6.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage eines Werbekonzeptes der Deutsche Städte Medien GmbH (DSM) und der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09445

Es wurden Änderungen durch die antragstellende Fraktion vorgenommen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, teilte zum TOP 6.4

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Kooperation von Grundschulen und Horteinrichtungen in Halle
Vorlage: V/2011/09517

mit, dass seine Fraktion die Änderungen des Jugendhilfeausschusses übernehmen werde und seitens seiner Fraktion kein Beratungsbedarf im heutigen Hauptausschuss bestünde.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, und **Herr Kley, FDP-Fraktion,** erklärten, dass unterschiedliche Voten der Fachausschüsse vorliegen und aus diesem Grund der Antrag auf der Tagesordnung verbleiben sollte.

Daraufhin merkte **Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal,** an, dass der TOP 6.4 auf der Tagesordnung verbleibe.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, beantragte die Absetzung des TOP 6.1

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage eines Werbekonzeptes der Deutsche Städte Medien GmbH (DSM) und der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09445

und begründete dies. Die zuständigen Fachausschüsse haben dem Antrag zugestimmt. Es wurden lediglich Änderungen aus der Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und des Ausschusses für Planungsangelegenheiten übernommen.

Nach einer kurzen Diskussion verständigten sich die **Hauptausschussmitglieder** auf die Absetzung des TOP 6.1.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass in der Beratungsfolge der Vorlage zur Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) die Behandlung dieser in der heutigen Hauptausschusssitzung vorgesehen sei. Er fragte nach den Gründen, weshalb diese nicht auf der Tagesordnung stünde.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, und **Herr Krause, SPD-Fraktion,** erklärten, dass die Vorlage am morgigen Tag im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF behandelt werde. Erst nach Abstimmung aller Fachausschüsse erfolge die Beratung im Hauptausschuss.

Herr Beigeordneter Geier merkte zudem an, dass möglicherweise ein Fehler in der Einladungsfolge vorliege. Dies werde geprüft und ggf. korrigiert.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob vor Beschlussfassung im Stadtrat eine Abstimmung der Vorlage im Hauptausschuss notwendig sei, da diese nicht im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beraten wurde, aber finanzielle Auswirkungen habe.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, machte darauf aufmerksam, dass die Frage nicht die Tagesordnung betreffe und bat darum, diese unter dem TOP mündliche Anfragen zu stellen.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Herr Beigeordneter Geier bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 20.04.2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 20.04.2011 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 Wahl der/des Beigeordneten für Planen und Bauen
Vorlage: V/2011/09577
 - 5.2 *Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 (BEP 2011)*
Vorlage: V/2010/09392 *abgesetzt*
 - 5.3 Satzung Schülerbeförderung
Vorlage: V/2011/09625
 - 5.3.1 Änderungsantrag des Sachkundigen Einwohners Thomas Senger mit Unterstützung des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zur "Satzung Schülerbeförderung" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09625)
Vorlage: V/2011/09830
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vorlage eines Werbekonzeptes der Deutsche Städte Medien GmbH (DSM) und der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2011/09445 *abgesetzt*

- 6.2 Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion zu Rück-, Um- und Neubenennungen von Straßen
Vorlage: V/2011/09518
 - 6.2.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) zum "Gemeinsamen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion zu Rück-, Um und Neubenennung von Straßen, V/2011/09518
Vorlage: V/2011/09702
 - 6.2.2 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum gemeinsamen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion zur Rück-, Um- und Neubenennungen von Straßen (Vorlagen-Nr.: V/2011/09518)
Vorlage: V/2011/09703
 - 6.3 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage einer Investitionsprioritätenliste für die Jahre 2012 bis 2017*
Vorlage: V/2011/09609 *abgesetzt*
 - 6.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Kooperation von Grundschulen und Horteinrichtungen in Halle
Vorlage: V/2011/09517
 - 7. schriftliche Anfragen von Stadträten
 - 8. Mitteilungen
 - 8.1 Stand Konjunkturpaket II
 - 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
 - 10. Anregungen
-

Herr Beigeordneter Geier übergab die Sitzungsleitung an Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack entschuldigte sich für die verspätete Teilnahme an der Hauptausschusssitzung.

Hinsichtlich der Frage von Herr Wehrich zur HAUPTerschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) machte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** darauf aufmerksam, dass dazu im Ausschuss für Planungsangelegenheiten noch weiterer Beratungsbedarf bestünde.

Demzufolge könne die Vorlage sowohl im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF am 19.05.2011 als auch in der Stadtratssitzung am 25.05.2011 nicht behandelt werden. Daher wäre eine Behandlung in der heutigen Hauptausschusssitzung ebenfalls nicht notwendig.

Erst nach Abstimmung im Ausschuss für Planungsangelegenheiten erfolge die Beratung in den weiteren Ausschüssen sowie im Stadtrat.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.04.2011

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 20. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 20.04.2011.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 20.04.2011 gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Wahl der/des Beigeordneten für Planen und Bauen
Vorlage: V/2011/09577**

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erläuterte den vorliegenden Entwurf des Stimmzettels und machte darauf aufmerksam, dass alle Bewerber für die Stelle des Beigeordneten für Planen und Bauen aufgeführt seien.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat wählt n.n. zur/zum Beigeordneten für Planen und Bauen.

Abstimmungsergebnis: **beraten**

zu 5.3 **Satzung Schülerbeförderung**
Vorlage: V/2011/09625

zu 5.3.1 **Änderungsantrag des Sachkundigen Einwohners Thomas Senger mit**
Unterstützung des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.)
zur "Satzung Schülerbeförderung" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09625)
Vorlage: V/2011/09830

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Kley, Herr Lange, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Wehrich, Herr Krause, Herr Beigeordneter Geier, Herr Beigeordneter Kogge** sowie **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack bat Herrn Beigeordneten Kogge um Erläuterung der Vorlage sowie der vorgenommenen Änderungen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte die vorgenommenen Änderungen seitens der Verwaltung. Neben den Änderungen aus dem Bildungsausschuss wurde zudem im § 2 (1) d) eine Streichung vorgenommen.

Anschließend ging **Herr Beigeordneter Kogge** auf die gestrige Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften ein. Nach Aussage des Vorstandes der HAVAG, Herrn Francois Girard, bestünden keine Bedenken hinsichtlich des Änderungsantrages des sachkundigen Einwohners Thomas Senger mit Unterstützung des Stadtrates Hendrik Lange. Daraufhin wurde diesem einstimmig zugestimmt.

Bezüglich der Bitte, die Gültigkeitsdauer entsprechend des § 3 (4) der Satzung von 19:00 auf 20:00 Uhr zu erweitern, konnte Herr Girard nicht zustimmen, da dies höhere Kosten nach sich ziehe.

Anschließend diskutierten die **Hauptausschussmitglieder** über eine mögliche Erweiterung der Gültigkeitsdauer von 19:00 Uhr auf 20:00 Uhr.

Herr Kley, FDP-Fraktion, sprach sich für die Erweiterung der Gültigkeitsdauer auf 20:00 Uhr aus. Aufgrund der Aussage der HAVAG, dass Mehrkosten entstehen würden, sei anzunehmen, dass ein hoher Bedarf vorliege.

Weiterhin machte **Herr Kley** deutlich, dass er nicht nachvollziehen könne, weshalb die Stadtverwaltung sich dem verweigere. Es ginge hierbei vor allen Dingen um außerschulische Veranstaltungen in Sport- und Musikvereinen, Singschulen und Ähnliches, wofür die Eltern zusätzliche Kosten zur Benutzung des ÖPNV in der Stadt Halle für ihre Kinder aufwenden sollen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, begründete den Standpunkt der Verwaltung. Die Stadt Halle erstatte als Träger der Schülerbeförderung den in der Stadt Halle wohnenden Schülern die notwendigen Aufwendungen für den Schulweg, wenn eine differenzierte Mindestentfernung zwischen Wohnung und Schule vorliege.

Darüber hinaus erklärte **Herr Beigeordneter Kogge**, dass durch die HAVAG ab dem Schuljahr 2011/2012 eine neue Schülerzeitkarte bereitgestellt werde. Der Gültigkeitsrahmen von 06:00 bis 19:00 Uhr nach § 3 (4) der Satzung entspreche der Pflicht der Stadt Halle, die notwendigen Aufwendungen für den Schulweg zu tragen.

Zudem bestünde die Möglichkeit durch Zuzahlung eines Differenzbetrages eine vollwertige Jahreskarte zu erhalten. Dadurch könne eine Gleichbehandlung denjenigen gegenüber erfolgen, welche bisher den Gesamtbetrag für eine vollwertige Jahreskarte zahlen mussten.

Nach Aussage der Schuldirektoren finden keine Schulveranstaltungen nach 18:00 Uhr statt, so dass keine Notwendigkeit bestünde, eine Erweiterung der Gültigkeitsdauer auf 20:00 Uhr vorzunehmen.

Aus vorgenannten Gründen seien außerschulische Veranstaltungen nicht Bestandteil der Schülerbeförderung als Pflichtaufgabe. Gleichwohl wurden finanzielle Mittel in Höhe von 140.000 € in den städtischen Haushalt eingestellt, um damit Schüler zu Fahrten zu außerschulischen Unterrichtsveranstaltungen, wie z. B. Schwimmen, Sportfeste, Schulgarten, Zooschule u. a. unterstützen zu können.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge, ob die Verwaltung ausschließlich Schulveranstaltungen oder auch fakultative Angebote, wie z. B. Jugendblasorchester bei der Gültigkeitsdauer berücksichtigt habe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass lediglich schulpflichtige Veranstaltungen berücksichtigt wurden. Gleichzeitig verwies er auf seine o. g. Ausführungen zur Unterstützung der Schüler für außerschulische Unterrichtsveranstaltungen.

Weiterhin machte **Herr Beigeordneter Kogge** Ausführungen zur derzeitigen Situation der zu übernehmenden notwendigen Aufwendungen für den Schulweg und erklärte die Unterschiede zur vorliegenden Satzung der Schülerbeförderung. Aufgrund der Aufnahme einer Gültigkeitsdauer werde sich auf den Schulunterricht als Pflichtaufgabe konzentriert und dafür die entsprechenden Kosten erstattet. Für alle weiteren außerschulischen Veranstaltungen könne durch Zuzahlung eines Differenzbetrages eine vollwertige Jahreskarte erworben werden.

Herr Kley, FDP-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass er den dargestellten Mehraufwand der HAVAG in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften bei Erweiterung der Gültigkeitsdauer grundsätzlich anzweifle, da ein Einsatz zusätzlicher Straßenbahnen nicht erforderlich sei.

Demzufolge liege die Frage hinsichtlich der Schwerpunktsetzung bei der Kommune. Den Standpunkt der Verwaltung könne er nicht nachvollziehen, zumal über ein kostenloses Mittagessen als wesentlicher Beitrag zur Bildungsstruktur diskutiert wurde.

Seines Erachtens bedarf es einer grundsätzlichen Äußerung, ob diese Bereiche zum Bildungs- und Teilhabepaket gehören. Die Bundesregierung berücksichtige für Hartz IV-Empfänger außerschulische Veranstaltungen. Die Stadt Halle hingegen lehne dies ab.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, machte deutlich, dass er nicht nachvollziehen könne, weshalb die HAVAG in der Verringerung der Mindestentfernung von 4 km auf 3 km keinen finanziellen Mehrbedarf, aber bei der Erweiterung der Gültigkeitsdauer um eine Stunde auf 20:00 Uhr Mehrkosten sehe.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Gründe für seine Stimmenthaltung in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Diese resultierte aus den Ausführungen der HAVAG, dass der Gremiendurchlauf für die Erweiterung der Gültigkeitsdauer nicht mehr möglich war. Anschließend stellte er das Verfahren im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) bis zur Beschlussfassung zu dieser Thematik dar. Aufgrund der Dauer des Genehmigungsverfahrens sei eine rechtzeitige Beschlussfassung im MDV bis zur Stadtratssitzung am 25.05.2011 nicht mehr möglich.

Darüber hinaus brachte **Herr Dr. Meerheim** zum Ausdruck, dass er grundsätzlich ebenfalls der Erweiterung der Gültigkeitsdauer auf 20:00 Uhr zustimmen könne. Da allerdings die gültigen Regularien des MDV zur Beschlussfassung bindend seien, sollte für das nächste Schuljahr rechtzeitig bei der HAVAG über eine mögliche Erweiterung beraten werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., machte darauf aufmerksam, dass die Verwaltung in der Sitzung des Bildungsausschusses erklärt habe, dass die Schülerzeitkarte kein Angebot des MDV sei.

Aufgrund dessen fragte **Herr Lange**, weshalb dann eine Beschlussfassung seitens des MDV notwendig sei. Weiterhin fragte er nach dem Einführungsbeginn der Schülerzeitkarte. Das 3-monatige Beschlussverfahren im MDV müsste seines Erachtens hinfällig sein, da es sich hierbei um ein spezielles Angebot der HAVAG handele.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, antwortete, dass alle Angebote der HAVAG durch den MDV genehmigt werden müssen. Dies resultiere aus der Zugehörigkeit der HAVAG als Verbundpartner im MDV. Dem in der Satzung aufgeführten Gültigkeitsrahmen von 06:00 bis 19:00 Uhr wurde seitens des MDV zugestimmt. Das Genehmigungsverfahren für eine Änderung auf 20:00 Uhr würde nach Erfahrungswerten der HAVAG vier Monate in Anspruch nehmen.

Demzufolge könne eine solche Änderung für das kommende Schuljahr nicht mehr umgesetzt werden. Daraufhin haben die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften die Erweiterung des Gültigkeitsrahmens auf 20:00 Uhr abgelehnt und die Verwaltung beauftragt, zukünftig rechtzeitig das entsprechende Verfahren durchzuführen.

Darüber hinaus machte **Herr Beigeordneter Geier** deutlich, dass bei einer Erweiterung des Gültigkeitsrahmens finanzielle Auswirkungen für die HAVAG entstünden. Sollte ein Beschluss zu Defiziten im MDV-Gebiet führen, habe die HAVAG einen Anteil in Höhe von 12 % an den MDV abzuführen. Zudem müsse die Reaktion der Nutzer auf diese Änderung berücksichtigt werden.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf das Verfahren der Verwaltung zur Vorlage. Dabei kritisierte er, dass durch die Einbringung der Vorlage im April in Verbindung mit dem Genehmigungsverfahren im MDV keine Änderungen seitens der Stadträte zum kommenden Schuljahr vorgenommen werden können.

Weiterhin habe Herr Beigeordneter Geier als Aufsichtsratsvorsitzender der HAVAG ohne Beschluss des Stadtrates eine Änderung des Gültigkeitsrahmens von 18:00 auf 19:00 Uhr in die Aufsichtsratssitzung der HAVAG eingebracht.

Aus vorgenannten Gründen brachte **Herr Wolter** zum Ausdruck, dass die Verwaltung ihren Zeitrahmen zur Einbringung von Vorlagen überdenken sollte, um in den Fachausschüssen und im Stadtrat die entsprechenden Sachverhalte konstruktiv diskutieren zu können. Dabei schloss er sich den Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim an.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, begründete den gewählten Verfahrensweg. Die Änderungsvorschläge müssen generell durch Beschlussfassung im MDV genehmigt werden. Aus diesem Grund erfolgte zuerst eine Abstimmung von möglichen Änderungen in der Verwaltung. Nach Zustimmung durch den MDV werde die Satzung in die zuständigen Fachausschüsse sowie in den Stadtrat eingebracht. Durch den Änderungsvorschlag im Bildungsausschuss sei wiederum eine neue Situation entstanden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erinnete daran, dass seitens des Stadtrates die Verwaltung beauftragt wurde, eine Überarbeitung der Satzung zur Schülerbeförderung vorzunehmen mit der Zielstellung den Nutzerkreis zu erweitern, eine Kostensenkung zu erreichen sowie soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Anschließend erklärte **Herr Beigeordneter Kogge** die Gründe, weshalb in der Stadt Halle der Preis für das Schülerticket höher sei als in Leipzig und Magdeburg und ging auf die pflichtigen und freiwilligen Leistungen der Stadt Halle im Zuge der Schülerbeförderung ein.

Darüber hinaus bezog sich **Herr Beigeordneter Kogge** auf die Diskussionen im Bildungsausschuss zur Frage der Gleichbehandlung von Schülern freier Schulen und Privatschulen. Diese bleiben anspruchsberechtigt, da bei Gymnasien, Kooperativen Gesamtschulen und Integrierten Gesamtschulen keine Einzugsbereiche bestünden und durch die erforderlichen Losverfahren nicht der nächstgelegene Schulstandort empfohlen werden könne. Daraufhin wurden auch die beiden übrigen Grundschulen sowie die Sekundarschulen berücksichtigt.

Mit der vorliegenden Satzung und der vorgesehenen neuen Schülerzeitkarte erfülle die Verwaltung die Zielstellung des Stadtrates. Die neue Schülerzeitkarte wäre preiswerter, sei durch das Haushaltskonsolidierungspaket gedeckt und es wurde mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen. Lediglich die Erweiterung des Gültigkeitsbereiches konnte aufgrund der finanziellen Auswirkungen auf die HAVAG nicht umgesetzt werden.

In dem Zusammenhang verwies **Herr Beigeordneter Kogge** auf die veränderte Landesgesetzgebung. Diese wirke sich positiv auf die Stadt Halle aus, da die finanziellen Mittel für den öffentlichen Nahverkehr auch für den Bereich Schülerbeförderung pauschal ausgezahlt wurden und das Land lediglich leitend eingreifen könne.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, gab bekannt, dass er der Vorlage in der vorliegenden Form zustimmen werde und begründete dies. Entsprechend der Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge werden für Veranstaltungen der Schule außerhalb des Gültigkeitsrahmens der Schülerzeitkarte finanzielle Mittel in Höhe von 140.000 € in den städtischen Haushalt eingestellt, so dass die betroffenen Schüler die Kosten für Fahrten nicht selbst aufbringen müssen.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Beigeordneten Geier zum Verfahrensweg der Verwaltung brachte **Herr Bönisch** zum Ausdruck, dass er diese nicht nachvollziehen könne. Die Verwaltung hätte die Vorlage entsprechend frühzeitig einbringen müssen, um bei Ablehnung der Änderungsvorschläge durch den MDV eine erneute Beratung im Stadtrat gewährleisten zu können. Dies sollte zukünftig so umgesetzt werden.

Darüber hinaus ging **Herr Bönisch** auf die gestrige Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften ein und verwies auf die Ausführungen von Herrn Girard, dass durch die Erweiterung des Gültigkeitsrahmens auf 20:00 Uhr Mehrkosten für die HAVAG entstünden. Er wies darauf hin, dass der HAVAG die Auswirkungen einer Erweiterung auf 20:00 Uhr sowie die Schülerzahlen bekannt seien. Allerdings besitze sie keine Erkenntnisse darüber, ob die Kinder und Jugendlichen die Straßenbahn aufgrund außerschulischer Veranstaltungen oder anderweitigen Gründen nutzen.

Seine Fraktion sehe aufgrund des Genehmigungsverfahrens im MDV keine Möglichkeit, weitere Änderungen vorzunehmen. Da die Erstattung der Fahrten mit der vorliegenden Vorlage auch weiterhin gewährleistet sei, sollte dieser zugestimmt werden.

Abschließend bat **Herr Bönisch** um Beantwortung, weshalb der MDV bei der Einführung des Schülertickets in der Stadt Leipzig nicht beteiligt wurde und ob die Stadt Halle dieses ebenfalls aus dem MDV herauslösen könne.

Herr Krause, SPD-Fraktion, schloss sich den Ausführungen von Herrn Bönisch an.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., widersprach Herrn Beigeordneten Kogge hinsichtlich der Ausführungen, mit der vorliegenden Vorlage eine Gleichbehandlung erzielt zu haben. Dies wäre erst mit dem vorliegenden Änderungsantrag geregelt, um mehr Schülern die Aufwendungen für den Schulweg erstatten zu können.

Die Verwaltung habe mit dem günstigeren Ticket lediglich einen Einspareffekt für den städtischen Haushalt erzielt. Im Gegensatz dazu zahlen die Eltern den Differenzbetrag für außerschulische Veranstaltungen außerhalb des Gültigkeitsrahmens.

Aufgrund der Ausführungen von Herrn Beigeordneten Geier und Herrn Bönisch kritisierte **Herr Lange** das Verfahren insgesamt. Es könne nicht davon ausgegangen werden, dass die Stadträte über das Genehmigungsverfahren im MDV informiert seien. Demzufolge hätte hier die Verwaltung einen übergeordneten Stadtratsbeschluss herbeiführen sollen, welcher die Intention der Verhandlungen im MDV festschreibe, wie z. B. die Erweiterung auf 20:00 Uhr.

Die Verwaltung habe sich bedauerlicherweise für eine andere Verfahrensweise entschieden, so dass keine Möglichkeiten für den Stadtrat bestünden, Änderungen vorzunehmen.

Weiterhin werde seines Erachtens im Rahmen der nächsten Evaluation zur Schülerbeförderung aufgrund der Haushaltskonsolidierungsbedingungen keine Möglichkeit einer Erweiterung der Schülerzeitkarte bestehen.

Aus vorgenannten Gründen gab **Herr Lange** bekannt, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung zur Vorlage der Verwaltung der Stimme enthalten werde.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Girard in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Entsprechend dieser Darstellung gehe die HAVAG davon aus, dass ca. 85 % aller Schüler die Schülerzeitkarte nach 19:00 Uhr nutzen würden. Dies wäre seiner Auffassung nach zu hoch angesetzt. Insofern könne er der Wortmeldung von Herrn Kley zustimmen, dass die Zahlen angezweifelt werden sollten.

Herr Krause, SPD-Fraktion, teilte mit, dass er seinen Vorrednern weitestgehend zustimme. Gleichzeitig bat er die Verwaltung um Klärung, ob die Schülerzeitkarte ein MDV-Ticket sei sowie um eine kurzfristige Prüfung der Frage von Herrn Bönisch, ob die Stadt Halle das Schülerticket ebenfalls aus dem MDV herauslösen könne. Dabei sollte auch auf die Konsequenzen eingegangen werden und die Verwaltung einen Vorschlag unterbreiten hinsichtlich der zukünftigen Verfahrensweise.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erklärte, dass die vorliegende Satzung zur Schülerbeförderung seines Erachtens zweckmäßige Regelungen beinhalte und somit der Vorschlag der Verwaltung zielführend sei.

Anschließend erinnerte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** an die Diskussionen in den Ausschüssen im letzten Jahr zum Thema Schülerbeförderung. Zudem erläuterte er die Zusammensetzung und Aufgaben innerhalb des MDV sowie die Gründe für die erforderlichen Genehmigungsverfahren zu den Tarifvorschlägen der Verbundpartner.

Im Zuge dessen verwies **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** auf die Ausgleichsregelung mit dem Verkehrsministerium Sachsen-Anhalt und erläuterte diese. Danach werden den Kommunen die ihnen entstandenen Mindereinnahmen durch die Schülerbeförderung oder Ausbildungsverkehre prozentual ersetzt. Aus dieser Gesetzlichkeit heraus ergebe sich die Notwendigkeit, Eingrenzungen zu treffen und die Mindestentfernung entsprechend zu regeln.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim erklärte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack**, die zahlenmäßigen Auswirkungen auf die HAVAG bei Erweiterung der Gültigkeitsdauer zu überprüfen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte daraufhin, auf welcher Grundlage die Verwaltung die Prüfung vornehmen wolle.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack antwortete, dass im Zusammenhang mit der Beantragung von finanziellen Ausgleichszahlungen beim Land die Stadtverwaltung die Anzahl der Beförderungen einschließlich der Entfernung nachweisen müsse. Auf dieser Basis könne die Überprüfung in Form einer Plausibilitätsprüfung vorgenommen werden.

Darüber hinaus ging **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** auf die Schülerzeitkarte sowie das Zusatzticket ein und erläuterte die Intention dieser. Durch das günstige Zusatzticket könne für alle Personengruppen flächendeckend das gesamte ÖPNV-Angebot vorgehalten werden.

Weiterhin werden entsprechend des Auftrages aus dem Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften die finanziellen Auswirkungen sowohl für die Stadt Halle als auch für den MDV und in Bezug auf die Zuschüsse des Landes geprüft.

Zudem sagte **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** entsprechend der Anmerkung von Herrn Dr. Meerheim zu, die finanziellen Auswirkungen bei Zustimmung zum Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Herr Senger mit Unterstützung des Stadtrates Herr Lange zu prüfen.

Vor dem Abstimmungsverfahren gab es eine kurze Diskussion, ob Herr Kley einen Änderungsantrag zur Erweiterung der Gültigkeitsdauer auf 20:00 Uhr eingebracht habe. Herr Kley konnte sich dazu nicht äußern, da er nicht mehr anwesend war. Hauptausschussmitglieder und Verwaltung verständigten sich darauf, dass formell kein Änderungsantrag vorlag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack bat um Abstimmung des Änderungsantrages und der Vorlage.

- zu 5.3.1 **Änderungsantrag des Sachkundigen Einwohners Thomas Senger mit Unterstützung des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zur "Satzung Schülerbeförderung" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09625)
Vorlage: V/2011/09830**

Beschlussvorschlag:

Der § 2 (1) d) wird wie folgt geändert:

*der Klassenstufen 11 – 13 aller Schulformen, der Berufsfachschulen, die nicht unter c) fallen, der Fachschulen, der Fachoberschulen und der Fachgymnasien unter Beachtung § 4 Abs. 3e bei einem Schulweg von mehr als **3,0 km**.*

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
10 Ja-Stimmen

- zu 5.3 **Satzung Schülerbeförderung
Vorlage: V/2011/09625**

Beschlussvorschlag (in geänderter Form/Text):

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Satzung zur Schülerbeförderung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
6 Ja-Stimmen
4 Enthaltungen

Anmerkung:

Änderungen in der Satzung zur Schülerbeförderung resultierend aus der Sitzung des Bildungsausschusses sowie aufgrund der Zustimmung zum Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger mit Unterstützung des Stadtrates Hendrik Lange, Vorlage: V/2011/09830.

- zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

- zu 6.2 **Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion zu Rück-, Um- und Neubenennungen von Straßen
Vorlage: V/2011/09518**

- zu 6.2.1 **Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) zum "Gemeinsamen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion zu Rück-, Um und Neubenennung von Straßen,
V/2011/09518
Vorlage: V/2011/09702**

zu 6.2.2 **Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum gemeinsamen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion zur Rück-, Um- und Neubenennungen von Straßen (Vorlagen-Nr.: V/2011/09518)**
Vorlage: V/2011/09703

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 6.2.2 **Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum gemeinsamen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion zur Rück-, Um- und Neubenennungen von Straßen (Vorlagen-Nr.: V/2011/09518)**
Vorlage: V/2011/09703

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusspunkt 5 wird gestrichen und der alte Beschlusspunkt 6 entsprechend neu nummeriert.

Abstimmungsergebnis:

mit Patt abgelehnt
2 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

zu 6.2.1 **Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) zum "Gemeinsamen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion zu Rück-, Um und Neubenennung von Straßen, V/2011/09518**
Vorlage: V/2011/09702

Beschlussvorschlag:

Pkt. 3 wird wie folgt geändert:

*Die erarbeiteten Vorschläge **werden im Kulturausschuss bestätigt und bilden die Grundlage für die entsprechenden Beschlussvorschläge zur Vergabe von Straßennahmen.***

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
7 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen

zu 6.2 Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion zu Rück-, Um- und Neubenennungen von Straßen
Vorlage: V/2011/09518

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. *Es wird eine Arbeitsgruppe Straßennamen bestehend aus je einem Mitglied jeder Stadtratsfraktion sowie Vertretern der Verwaltung gebildet.*
2. *Diese Arbeitsgruppe erarbeitet eine Liste von Vorschlägen für die Neubenennung von Straßen, Plätzen und Wegen und berät über sinnvolle Rück-, Um- und Neubenennungen.*
3. *Die erarbeiteten Vorschläge **werden im Kulturausschuss bestätigt und bilden die Grundlage für die entsprechenden Beschlussvorschläge zur Vergabe von Straßen-**nahmen.*
4. *Vorlagen zur Benennung von Straßen, Plätzen und Wegen werden künftig vor der Behandlung im Stadtrat der Arbeitsgruppe Straßennamen zur Behandlung vorgelegt. Alle nach Beschluss dieses Antrages eingebrachten Anträge zu Straßennamen fließen in die Beratung der Arbeitsgruppe ein.*
5. *Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beschlussvorlage einzubringen, der das Verfahren der Vorbereitung der Benennung von Schulen, Kindertagesstätten und Horten unter Einbeziehung der zuständigen Ausschüsse regelt.*
6. *Die Arbeitsgruppe berichtet spätestens nach zwei Jahren an den Stadtrat. Der Stadtrat befindet in Auswertung des Berichts über die Weiterarbeit bzw. Auflösung der Arbeitsgruppe.*

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
5 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

zu 6.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Kooperation von Grundschulen und Horteinrichtungen in Halle
Vorlage: V/2011/09517

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies auf seine Ausführungen zur Feststellung der Tagesordnung entsprechend des TOP 2 und gab bekannt, dass seine Fraktion die Änderungen des Jugendhilfeausschusses übernehmen werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack bat um Abstimmung des Antrages.

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, an die Träger von Horteinrichtungen, die freien Träger von Grundschulen, **den Stadtelternrat und den Stadtelternbeirat** und die Abteilung Schule des Landesverwaltungsamtes mit dem Ziel heranzutreten, ~~den Abschluss~~ eine Fachtagung ~~in~~ **zur** Vorbereitung von weiteren Kooperationsverträgen zwischen allen halleischen Grundschulen und den dazu gehörigen Horteinrichtungen zu ~~erreichen~~ **organisieren**.
2. Diese Kooperationen sollen insbesondere den regelmäßigen Austausch
 - a. zu pädagogischen Konzepten,
 - b. zur Hausaufgabenbetreuung und
 - c. zur schulischen Entwicklung einzelner Kinderzum Gegenstand haben.
3. ~~Zur Umsetzung dieser~~ Zum Stand des Abschlusses von Kooperationsvereinbarungen wird jährlich im **Jugendhilfeausschuss und Bildungsausschuss** berichtet.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Stand Konjunkturpaket II

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, teilte mit, dass die Terminvorschläge für Schulungen zur Thematik Doppik sowie die Inhalte den Fraktionen schriftlich Ende Mai 2011 zugehen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, übergab den Hauptausschussmitgliedern eine Information zur Vorlage „Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2011/2012“ hinsichtlich der Frage einer möglichen Übernahme des Gebäudes der Förderschule am Jägerplatz durch den Saalekreis. Demzufolge könne in der kommenden Stadtratssitzung über die Vorlage abgestimmt werden.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erklärte, dass entsprechend eines Hinweises des Leiters des Rechtsamtes im Zusammenhang mit der Behandlung der Vorlage zur Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) Herr Stadtrat Dieringer befangen wäre. Dies resultierte aus Äußerungen von Herrn Dieringer im Ausschuss für Planungsangelegenheiten, dass die Maßnahme HES bei Beschluss Auswirkungen auf die Rosenfelder Straße habe, in welcher sich sein Firmensitz befinde.

Infolge dessen äußerte sich **Herr Bönisch** mit folgenden Fragen:

Wer hat die Überprüfung eines möglichen Mitwirkungsverbotes von Herrn Dieringer veranlasst?

Ist die Aussage des Leiters des Rechtsamtes, dass ein Mitwirkungsverbot vorliegt, verbindlich?

Herr Bönisch brachte zum Ausdruck, dass er das Verfahren der Verwaltung, hier eigenmächtig eine Überprüfung vorzunehmen, nicht nachvollziehen könne. Zudem habe seines Erachtens der Beschluss zur HES keine nachteiligen Auswirkungen auf das Gewerbe von Herrn Dieringer.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, wies darauf hin, dass es Aufgabe der Verwaltung sei, eine selbständige Prüfung vorzunehmen und die Stadträte über das Ergebnis zu informieren. Dies wurde seitens der Stadträte immer eingefordert.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und **Herr Krause, SPD-Fraktion**, schlossen sich den Ausführungen von Herrn Wolter an.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack sagte eine nochmalige Prüfung zu. Gleichzeitig merkte er an, dass im Ausschuss für Planungsangelegenheiten Herr Dieringer selbst auf eine mögliche Befangenheit seiner Person aufmerksam gemacht habe.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., brachte nachfolgende mündliche Anfrage seiner Fraktion ein mit der Bitte um Beantwortung in der Stadtratssitzung am 25.05.2011:

Im Mai 2008 hatte die Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) einen Antrag zum öffentlichen Personennahverkehr – insbesondere zu Direktvergaben – eingebracht.

Letztlich wurde dieser Antrag von der Fraktion zurückgezogen, weil – so wie im Protokoll der Stadtratssitzung vom 28.05.2008 nachlesbar – „sowohl in der Diskussion im Hauptausschuss zu den modifizierten Anträgen als auch in der modifizierten Stellungnahme der Verwaltung die Option deutlich wurde“, dass die Auffassung unserer Fraktion nicht geteilt würde. „Wenn die beiden Anträge am heutigen Tag abgestimmt – und damit wohl abgelehnt – würden, könne man in der Sache nur verlieren. Dieser Verlust beträfe das kommunale Verkehrsunternehmen und damit 800 Beschäftigte.“

Die Fraktion hat sich vorbehalten, diese Problematik weiter zu thematisieren.

Wir fragen die Stadtverwaltung:

- 1. Stimmt die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) zu, dass letztendlich der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) der Souverän ist, welcher die Entscheidung über Umfang, Art und Weise und Zeitpunkt von Vergaben Verkehrsleistungen im Öffentlichen Personennahverkehr der Stadt Halle (Saale) trifft?*
- 2. Welche Möglichkeiten sieht die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) Verkehrsleistungen im Öffentlichen Personennahverkehr der Stadt Halle (Saale) in Umsetzung der VO EG 170/2007 Art. 5 Abs. 2 a + b direkt an kommunale Unternehmen der Stadt Halle (Saale) zu vergeben, welche den v. g. Art. 5 der VO EG 1370/2007 erfüllen?*
- 3. Welchen Zeitpunkt und welche Leistungen hält die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) dafür für geeignet?*

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Zugleich wies er darauf hin, dass seines Erachtens seitens der Verwaltung bereits eine Zwischenantwort zu dieser Thematik erfolgt sei.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte, dass entsprechend einer E-Mail am 12.05.2011 seitens der Verwaltung die Fraktionen darüber informiert wurden, dass aufgrund des Antrages der FDP-Fraktion zur Abschaffung des Gestaltungsbeirates die vorgesehene Sitzung dessen nicht stattfindet. Eine Beschlussfassung zum Antrag der FDP-Fraktion sei allerdings noch nicht erfolgt.

In Anbetracht dessen fragte **Herr Wolter** nach den Gründen dieser Verfahrensweise oder ob ein Missverständnis vorliege?

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack antwortete, dass ihm diese E-Mail nicht bekannt sei. Er machte deutlich, dass die Sitzung des Gestaltungsbeirates nicht aufgrund des Antrages der FDP-Fraktion abgesetzt wurde, sondern mangels beratungspflichtiger Baumaßnahmen kein Verhandlungsbedarf bestünde. Diese Situation sei im Laufe des letzten Jahres wiederholt eingetreten.

Darüber hinaus bat **Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** um Weiterleitung dieser E-Mail an sein Büro.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, sagte dies zu.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 10 Anregungen

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte an, dass den Fraktionsgeschäftsstellen die zur Sitzung ausgereichten Unterlagen in den jeweiligen Betriebsausschüssen zur Verfügung gestellt werden. Dies erfolge momentan nicht, so dass die entsprechenden Unterlagen den Fraktionen im Verhinderungsfall zur Teilnahme an den Sitzungen nicht bekannt seien.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack bemerkte, dass eine Bereitstellung der entsprechenden Unterlagen für die Fraktionen zu erfolgen habe und sagte zu, dahin gehend Abhilfe zu schaffen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte hinsichtlich der Berichterstattung im Amtsblatt an, alle relevanten gesellschaftlichen Ereignisse bzw. Aktivitäten zu erwähnen. Ausschlaggebend für seine Anregung wären die Pressemitteilungen zum 1. Mai dieses Jahres im Amtsblatt. Hier wurde sich lediglich auf die Aktivitäten der Oberbürgermeisterin konzentriert und die anderen Veranstaltungen nicht erwähnt. Dies führte bei der Bevölkerung zu Unverständnis.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack bedankte sich bei Herrn Wehrich für diese Information. Er wies darauf hin, dass dieser Kritikpunkt der Verwaltung bereits vorliege und daraufhin eine Auswertung stattgefunden habe mit dem Ziel, zukünftig alle Veranstaltungen zu berücksichtigen.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack beendete die 21. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Egbert Geier
Beigeordneter für Finanzen und Personal

A. Kraft
Protokollführerin